

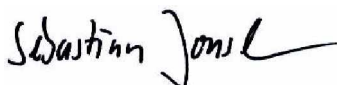
LANDESDELEGIERTENKONFERENZ**DER JUSOS HAMBURG****18. NOVEMBER 06**

Beschlüsse der Jusos Hamburg, getroffen auf ihrer Landesdelegiertenkonferenz am 18. November 2006.

Dieses Beschlussheft beinhaltet die verabschiedeten Anträge der Landesdelegiertenkonferenz (LDK) der Jusos Hamburg am Samstag, den 18. November 2006. Die LDK ist das höchste beschlussfassende Gremium der Jusos Hamburg und tritt mindestens zweimal im Jahr zusammen. Die 63 Delegierten der Konferenz vertreten die 34 Jusogruppen in Hamburg. Nicht nur die Jusogruppen stellen Anträge an die Delegiertenkonferenz. Auch die sieben Juso Kreisvorstände, der Juso Landesvorstand Hamburg, die Arbeitskreise, die Juso Hochschulgruppen und die Juso Schüler/innen Hamburg beteiligten sich intensiv an der inhaltlichen Diskussion in unserem Verband. Die Beschlüsse der Landesdelegiertenkonferenz als höchstes Gremium der Jusos in Hamburg sind somit das Ergebnis einer breiten und auf allen Ebenen geführten Debatte und stellen die Position der Jusos Hamburg dar.

Dieses Beschlussheft möchte die Ergebnisse unserer LDK kompakt und für alle nachvollziehbar darstellen. Darüber hinaus soll es dazu beitragen, die Positionen der Jusos Hamburg parteiintern und in der Hamburger Öffentlichkeit besser vertreten zu können. Damit hält es nicht nur die Beschlüsse unserer Landesdelegiertenkonferenz fest, sondern ist ein Beitrag zur politischen Debatte in unserer Stadt. Gerade auch im Hinblick auf die Bürgerschaftswahl 2008.

Mit jungen sozialdemokratischen Grüßen



Sebastian Jonscher
Landesgeschäftsführer Jusos Hamburg

Herausgegeben durch die Jusos Hamburg, 22. November 2006

ViSdP/ Gestaltung: Sebastian Jonscher, Landesgeschäftsführer Jusos Hamburg

Kurt-Schumacher-Allee 10, 20097 Hamburg

Tel.: 040 280 848 13 od. 0179 907 31 85

Fax: 040 280 848 18

Mail an: JusosHamburg@spd.de

WWW.JUSOS-HAMBURG.DE

Bild von www.photocase.com

INHALTSVERZEICHNIS

 SPD muss klares Zeichen gegen Studiengebühren setzen!..... 3

Ein besseres Studium für alle.
Für eine Verbesserung der Lehre. Gegen Studiengebühren..... 4

Ehrenamtliches Engagement von Studiengebühren befreien!
Für eine Vereinbarkeit von Studium und Ehrenamt..... 6

 Eine menschliche Metropole stellt sich dem Rechtsextremismus entgegen!..... 7


Keine Zusammenarbeit mit der Linkspartei..... 8

 Kein „Gerechtes Hamburg“ ohne sozialen Zusammenhalt..... 9


Einen wirkungsvollen Jugendarbeitsschutz erhalten.
Minderjährige Auszubildende, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schützen..... 13

Praktikanten: Ausbeutung verhindern – Ausbildung sichern!..... 15

Jugendhilfe als zukunftssicherndes Netz..... 17

 Berufsförderung an Hamburger Schulen..... 20

Rückkehr zur Lernmittelfreiheit..... 21

 Dieses Beschlussheft lässt sich auch digital bequem von unserer Internetseite herunterladen. Aber auch viele weitere Informationen und vor allem immer die neuesten Termine und Veranstaltungen der Jusos Hamburg findet ihr auf www.jusos-hamburg.de

Ansonsten freuen die Jusos Hamburg sich immer über Kritik und Anregungen. Für alle Fragen bezüglich der Jusos und der SPD Hamburg stehen wir selbstverständlich ebenfalls gern zur Verfügung. Über das Juso Landesbüro Hamburg sind wir leicht erreichbar.

SPD muss klares Zeichen gegen Studiengebühren setzen!

Studienwillige Menschen dürfen nicht durch finanzielle Hürden von einem Studium abgehalten werden. Für die SPD Hamburg stellen allgemeine Studiengebühren eine solche Hürde dar. Wir garantieren allen ein gebührenfreies Erststudium. Die von der CDU eingeführten Studiengebühren werden unter einer Regierungsbeteiligung der SPD wieder abgeschafft.

Begründung:

Am 02. Dezember 2006 findet der SPD Landesparteitag zum Thema Bildung statt. Dort soll die bildungspolitische Marschrichtung für den Bürgerschaftswahlkampf beschlossen werden. Neben der Frage der Schulstruktur gilt es, noch eine weitere nicht weniger wichtige Frage zu beantworten: Steht die Hamburger SPD zu ihrer Ablehnung allgemeiner Studiengebühren und sind wir in der Lage, uns klar und deutlich für eine Rücknahme der Gebühren nach der Bürgerschaftswahl 2008 auszusprechen?

Bei der Frage „Studiengebühren ja oder nein?“ geht es um eine gesellschaftspolitische Grundsatzfrage: Glauben wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, dass eine möglichst hohe Bildung dazu beiträgt, viele der gesellschaftlichen Kernprobleme zu lösen?

Es gibt nachgewiesenermaßen einen direkten Zusammenhang zwischen Bildungserfolg und Problemen wie Arbeitslosigkeit, perspektivloser Jugend oder wachsender Ausländerfeindlichkeit. Gebildete Menschen sind sogar gesünder.

Gesamtgesellschaftlich macht es also vielmehr Sinn, anständig in die Bildung zu investieren, als hinterher mit teuren sozialen Sicherungssystemen die Probleme mehr zu verwalten als zu lösen. Kaum ein anderes Land in der OECD gibt mehr Geld für seine Sozialsysteme aus wie Deutschland und in kaum einem anderen Land herrscht eine größere soziale Ungleichheit wie hier.

Wenn wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten diesen Zusammenhang von Bildung und sozialer Ungleichheit mit all ihren Folgen anerkennen, dann gibt es nur einen Weg: Eine möglichst hohe Bildung für alle Menschen!

Wir sollten zur Abwechslung mal ernst nehmen, was wir selbst die ganzen letzten Jahre vor der Gebühreneinführung gepredigt haben: "Investitionen in Köpfe statt in Steine" und "kostenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule".

Hamburg wird ab diesem Jahr ca. 400 Millionen Euro strukturelle Mehreinnahmen aus Steuern verbuchen können. Von diesem Betrag können ohne weiteres die 30-40 Millionen Euro, die Studiengebühren einbrächten, als Investition in die Zukunft Hamburgs bereitgestellt werden.

Ein besseres Studium für alle. Für eine Verbesserung der Lehre. Gegen Studiengebühren.

Der Schlüssel zu einem guten und erfolgreichen Studienabschluss ist eine gute Lehre. Gute Studienbedingungen führen zu geringeren Abbrecherquoten und damit zu mehr Hochschulabsolventen. Leider mangelt es den Hochschulen seit Jahren den Mitteln um gute Lehre anbieten zu können.

Die Hochschulen in Hamburg sind chronisch unterfinanziert. Nach wie vor muss ein großer Teil freiwerdender Stellen unbesetzt bleiben, weil die Gelder dafür fehlen. Als Folge können nicht genügend Lehrveranstaltungen angeboten werden. Allein an der Universität Hamburg hat sich die Zahl der zulassungsbeschränkten Veranstaltungen in diesem Semester mehr als verdreifacht. Die Folge: Viele Studierende können nicht die Veranstaltungen belegen, die sie bräuchten und müssen länger studieren.

Das im Prinzip zu begrüßende Ziel der Verbesserung der Betreuungsrelationen verkommt zur Farce, wenn keine zusätzlichen Lehrveranstaltungen angeboten werden. Das ist geradewegs so, als würden an einer Schule Lehrer reihenweise Schüler vor die Tür setzen, weil die Klassen zu groß geworden sind.

Die Einführung von Studiengebühren wird dieses Problem nicht lösen. Die durch die Gebührenerhebung zu erwartenden Einnahmen können – gerade bei steigenden Personal- und Betriebskosten – den Finanzbedarf der Hochschulen nicht decken. Letztendlich kann der Staat sich nicht vor seiner Verantwortung drücken, für eine bedarfsdeckende Hochschulfinanzierung zu sorgen.

Nicht alles was zu einer Verbesserung der Lehre beitragen kann, hat immer mit Geld zu tun. Viele Dinge können die Hochschulen selbstständig optimieren, wenn es Ihnen gelingt, die vorhandenen Strukturprobleme zu lösen und die inneren Reformprozesse zukunftsweisend voran zu treiben.

Wir fordern daher:

- Eine ausreichende und nachhaltige, öffentliche und bedarfsdeckende Hochschulfinanzierung ohne Studiengebühren.
- Zusätzliche Mittel für die Hochschulen zur Bewältigung der Doppelbelastung durch parallel laufenden Bachelor/Master und Diplom/Magister-Strukturen.

- Die flächendeckende Einführung von Lehrevaluationen durch die Studierenden und die Etablierung von Qualitätssicherungssatzungen an allen Hochschulen.
- Die Einführung eines hochschulinternen Mittelvergabesystems, das sich an den Ergebnissen der Evaluationen orientiert, damit gute Lehre auch belohnt wird.
- Die Einführung einer effizienten Ressourcenplanung im Sinne von Angebot und Nachfrage (v.a. bei der Raumvergabe) und ein entsprechendes Controlling an den Hochschulen. Hierfür sind Campus-Management-Systeme wie die Uni-Software „STiNE“ dringend an allen Hochschulen zu etablieren und zu nutzen.
- Eine Initiative zum Thema Online-Vorlesung mit der Erarbeitung eines Konzeptes und Pilotprojekten.

Ehrenamtliches Engagement von Studiengebühren befreien! Für eine Vereinbarkeit von Studium und Ehrenamt

Ein Grossteil der ehrenamtlichen Arbeit im Bereich der Sport- und Jugendhilfe wird in Hamburg von in Jugendverbänden organisierten Jugendleiter/innen geleistet. Viele der Jugendleiter/innen sind gleichzeitig Studierende an Hamburger Universitäten. Durch die Neugliederung der Studiengänge und damit einhergehende Verdichtung des Lernstoffes sind die Anforderungen an die Studierenden gestiegen, diese Auswirkungen bekommen im zunehmende Maße auch die gemeinnützigen Vereine und Organisationen zu spüren, die auf ehrenamtlichen Engagement angewiesen sind. Durch die Einführung von allgemeinen Studiengebühren in Hamburg verschlechtern sich die Rahmenbedingungen für ehrenamtliche Arbeit erneut. Die heute schon durch ein Ehrenamt entstehenden finanziellen und zeitlichen Belastungen werden Studiengebühren und den dadurch entstehenden Druck weiter verschärft.

Mit der Betreuung von Kinder- und Jugendgruppen unterstützen die ausgebildeten Jugendleiter /innen junge Menschen bei der sinnvollen Gestaltung ihrer Freizeit. Darüber hinaus vermitteln sie durch ihr Engagement grundlegende Werte unserer Gesellschaft wie Solidarität und Toleranz und leisten damit einen wichtigen Beitrag für die Allgemeinheit.

Immer wieder wird die verbandliche Jugendarbeit als unverzichtbar erklärt und die Jugendleiter/ innen zu Stützen der Zivilgesellschaft erhoben. Doch ehrenamtlichen Engagement darf nicht nur gefordert werden, es muss auch staatlicherseits gefördert werden

Deshalb fordern die Jusos Hamburg: Dass Studierende die ehrenamtlich in Jugendverbänden tätig sind, von der Erhebung von Studiengebühren befreit werden.

Eine menschliche Metropole stellt sich dem Rechtsextremismus entgegen!

Nicht erst seit dem erschreckenden Wahlerfolg der NPD in Mecklenburg-Vorpommern ist klar, dass rechtsextremes Gedankengut in Deutschland wieder von einer großen Zahl von Menschen in Deutschland unterstützt wird.

Gerade Jugendliche sind für rechtsextremes Gedankengut offener denn je:

Fast 40% der männlichen Erstwähler haben in Mecklenburg-Vorpommern NPD gewählt. Zudem gab es einen Zuwachs von 40% innerhalb der rechtsextremen Strömungen in Hamburg und bundesweit um 10%.

Dieser Entwicklung müssen sich die Jusos und die SPD entgegen stellen. Es reicht nicht, dass nach jedem Wahlerfolg der NPD Bekenntnisse gegen Rechts ausgesprochen werden und keine Taten folgen. Jede Kürzung in der Jugendarbeit und der Bildung treibt der NPD neue Wählerinnen und Wähler zu.

In Hamburg ist es noch nicht so weit gekommen, wie in vielen ostdeutschen Bundesländern, wo die NPD oder die DVU bereits in den Landesparlamenten sitzen. Allerdings zeigen Entwicklungen wie der Eintritt des Rechtsextremen Jürgen Rieger in die Hamburger NPD, der durch Objektkäufe für Neonazi-Schulungszentren in die Medienöffentlichkeit geraten ist, dass die NPD auch bei uns Fuß fassen möchte. Es muss Aufgabe der Jusos und der SPD sein, dies zu verhindern!

Das neue SPD Programm „Menschliche Metropole“ bietet die Chance, dass sich die SPD und die Jusos klar gegen Rechtsextremismus positionieren und Wege aufzeigen, wie in der Hansestadt auch langfristig Nazis keine Chance gegeben und Menschlichkeit gewahrt und ausgebaut wird.

Die Jusos Hamburg fordern die SPD Hamburg deshalb dazu auf, deutlich zu zeigen, dass eine „Menschliche Metropole“ keinen Platz für Rechtsextremismus bietet und diese entschieden bekämpft!

Um die konkreten Ursachen für steigenden Rechtsextremismus in Hamburg näher zu ergründen und Möglichkeiten zu seiner Überwindung zu entwickeln, werden die Jusos Hamburg einen Arbeitskreis „Gegen Rechts“ gründen.

Keine Zusammenarbeit mit der Linkspartei

Die Jusos Hamburg fordern den Landesvorstand und alle Kreisvorstände der Hamburger SPD dazu auf, eine mögliche Koalition oder sonstige Zusammenarbeit mit der Linkspartei.PDS/WASG nach den Wahlen zur Bürgerschaft und den Bezirksversammlungen 2008 auszuschließen.

Begründung:

Die Linkspartei.PDS ist eine Partei, die laut dem Verfassungsschutz in den alten Bundesländern überwiegend als linksextremistisch zu betrachten ist. Sie bekennt sich zwar zum Grundgesetz, einige Punkte ihres Parteiprogramms lassen sich aber nicht mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in Einklang bringen. Sie duldet zudem bewusst Kommunisten in der Partei bzw. bot einzelnen Mitgliedern anderer kommunistischer Organisationen Plätze auf ihrer offenen Liste für die Bundestagswahl 2005 an. Die seit 1989 existierende KPF arbeitet als Sammelbecken und Plattform von Kommunisten innerhalb der PDS. Die Zugehörigkeit zur KPF ergibt sich aus dem orthodox-kommunistischen Weltbild, nicht durch formale Mitgliedschaft. Die KDF arbeitet eng mit anderen linksextremistischen Gruppierungen – auch mit gewaltbereiten Autonomen – zusammen.

Zugleich warf das Hamburger WASG-Mitglied Ursula Caberta der Hamburger PDS eine zu große Nähe zur verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK vor. In Altona tate die PDS unter "efeuumkränzten Bildern" des PKK-Chefs Öcalan, so Caberta. "Ich wollte mich um soziale Gerechtigkeit kümmern und nicht mit Leuten fusionieren, die mit Terror sympathisieren."

Diesem ist nicht mehr viel hinzuzufügen. Die Jusos Hamburg lehnen jegliches Gedankenspiel ab, in dem es um eine Zusammenarbeit mit Linksextremisten geht, die nicht mit beiden Beinen auf der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland stehen.

Die WASG hingegen ist nicht in der politischen Realität angekommen. Es handelt sich hier inhaltlich um ewig gestrige Sozialromantiker, die mit ihrem Parteiprogramm möglicherweise in Disneyland Erfolg hätten, ganz sicher aber nicht in der Regierungsverantwortung.

Das Personal der WASG besteht überwiegend aus frustrierten ehemaligen SPD-Mitgliedern und Gewerkschaftern. Die politische Motivation ist hier leider nur selten der inhaltliche Aspekt, meist sind es eher Rachegefühle der alten politischen Heimat gegenüber, bzw. schlicht und ergreifend, der letzte Versuch doch noch eine politische Karriere zu machen.

In der momentanen Verfassung der WASG lohnt sich noch nicht einmal die inhaltliche Auseinandersetzung mit dieser Partei. Die SPD muss sich darauf konzentrieren mit den Wählern und Sympathisanten der WASG in den politischen Dialog einzutreten, aber nicht mit der Partei selber.

Es gibt in Hamburg nur drei potentielle Koalitionspartner für die SPD: Die Grünen, die FDP und die CDU.

Kein „Gerechtes Hamburg“ ohne sozialen Zusammenhalt

Die Säule „Gerechtes Hamburg“ des Konzepts der Menschlichen Metropole umfasst eine Reihe von Lebensbereichen, deren Qualität in einer Menschlichen Metropole gesichert sein muss.

Im Konzept der Menschlichen Metropole kommt es zu Überschneidungen zwischen den darin unterschiedenen Politikbereichen. Insbesondere finden sich hier auch Aspekte des „Klugen Hamburgs“ wieder, da Bildung als essenzielle Voraussetzung für die Schaffung eines „Gerechten Hamburgs“ angesehen wird.

Ein zentraler Bestandteil der sozialdemokratischen Vorstellung von Gerechtigkeit und damit auch des „Gerechten Hamburgs“ ist das größtmögliche Maß an gesellschaftlichem Zusammenhalt. Die Auseinanderentwicklung von Teilen der Gesellschaft muss aufgehalten werden. Derzeit ist eine solche Auseinanderentwicklung in verschiedenen Hinsichten zu beobachten, die alle in einander verwoben sind:

1. Integrierte und Ausgeschlossene

Es zeichnet sich ab, dass ganze gesellschaftliche Gruppen über Generationen ohne wirkliche Perspektive leben, keine Aussicht auf Beschäftigung haben und auf Dauer auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind. Besonders erschreckend ist die Tatsache, dass hiervon immer mehr Kinder betroffen sind. Diese Gruppen stehen als von der Gesellschaft Ausgeschlossene den Integrierten gegenüber, die an Wohlstand und gesellschaftlicher Entwicklung teilhaben.

Bei der Diskussion um Integration geht es deshalb nicht allein um Migrantinnen und Migranten, sondern es gibt auch Deutsche, die an der Gesellschaft nicht partizipieren – weder an der öffentlichen Meinungsbildung und den demokratischen Prozessen noch am Kulturbetrieb usw. – und in diese integriert werden müssen.

In einer Menschlichen Metropole wird alles getan, um alle in ihr lebenden Menschen mitzunehmen. Für sie werden Möglichkeiten zur Teilnahme an den gesellschaftlichen Institutionen aller Art geschaffen und angeboten. Ein wichtiger Weg zur Integration führt über eine Bildung, die auch den bisher Bildungsferneren zugänglich gemacht wird. Dabei werden vor allem den Kindern Chancen gegeben, sich so zu entwickeln, dass sie später in der Mitte der Gesellschaft leben können und nicht die Armut ihrer Eltern erben.

a) Maßnahmen für Kinder und Jugendliche

1. Vorschulische Ganztagsbetreuung und Ganztagschulen schaffen die Möglichkeit, ausgeschlossene Kinder und Jugendliche an gesellschaftlich relevante Inhalte heranzuführen, die ihre Eltern oft nicht vermitteln können. Eine möglichst weit reichende Bildung ermöglicht es ihnen, sich in der Gesellschaft zurechtzufinden.
2. Kindertageseinrichtungen und Schulen sollen sich – nicht nur in schwierigen Fällen – um möglichst engen Kontakt zu dem direkten sozialen Umfeld der Kinder bemühen. Den Eltern wird auf diese Weise ein niedrighschwelliger Zugang zu Beratungsmöglichkeiten in Erziehungsfragen eröffnet; gegebenenfalls können sie für diese Fragen auch überhaupt erst sensibilisiert werden. Alle Bildungs- und Beratungsangebote für Kinder und Eltern müssen sich untereinander vernetzen; die Einrichtung von Familienzentren kann hierzu ein geeignetes Mittel sein.
3. Außer den Ganztagschulen – im besten Falle in deren Betreuungskonzeption integriert – sollten Sportvereine, Musikschulen, Jugendfeuerwehren und ähnliche Institutionen am Sozialisationsprozess beteiligt werden.
4. Heute werden Kinder sehr früh auf verschiedene Schulformen verteilt und damit meist festgelegt. Dabei spielt nicht nur die Leistungsfähigkeit, sondern zunehmend auch die soziale Herkunft eine Rolle. In der Menschlichen Metropole lernen die Kinder aller sozialen Schichten möglichst lange gemeinsam. Die Einführung einer sechsjährigen Grundschule unter Einbeziehung der bisherigen Beobachtungsstufe in den Klassenstufen 5 und 6 ist hierfür ein richtiger Schritt.

b) Andere Maßnahmen

5. Gesellschaftliche Institutionen dürfen niemandem aus finanziellen Gründen verschlossen bleiben. HVV, Kultur- und Sportveranstaltungen u.ä. müssen für jeden Menschen zugänglich sein.
6. Die Transferleistungen werden in der Menschlichen Metropole von niemandem als Almosen, sondern als Gegenstand eines Grundrechts auf ein menschenwürdiges Dasein verstanden. Wer öffentlicher Hilfe bedarf, wird von der Verwaltung über seine Rechtsansprüche offen aufgeklärt und nicht sogleich des Missbrauchs verdächtigt.
7. Unter besonderer Berücksichtigung der frapierend steigenden Kinderarmut sind Konzepte zu entwickeln, die eine verlässliche Datenbasis als akute Handlungsgrundlage liefern.

2. Demokratische Mehrheitsgesellschaft und Parallelgesellschaften

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Einwanderungsland. Das erfordert Anstrengungen auf allen Seiten. Viele Einwanderinnen und Einwanderer sind in der deutschen Gesellschaft vollständig angekommen und gut aufgenommen worden. Einige andere leben und arbeiten in Deutschland, aber kapseln sich von den Institutionen der deutschen Gesellschaft ab: Sie nehmen nicht an den Elternabenden der Schulen ihrer Kinder teil, sie informieren sich nicht über politische und wirtschaftliche

Entwicklungen, sie teilen nicht alle die Überzeugung von der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unseres Landes.

Es etablieren sich Parallelgesellschaften neben der demokratischen Mehrheitsgesellschaft mit ihrer eigenen öffentlichen Meinungsbildung und auch ihrem eigenen Kulturbetrieb. Diese Spaltung der Gesellschaft führt zugleich zu einem weiteren Auseinanderdriften der sozialen Schichten, da die fraglichen Migrantengruppen mehrheitlich den sozial Benachteiligten zuzuordnen sind. Insofern ist diese Auseinanderentwicklung vergleichbar der zwischen „ausgeschlossenen“ und „integrierten“ Deutschen, was die Übernahme einiger der dazu genannten Maßnahmenvorschläge nahe legt.

Daneben besteht aber mit der Sprachbarriere ein spezifisches Hindernis für die Integration vieler Migrantinnen und Migranten. Wo Erwachsene die deutsche Sprache nicht beherrschen, ist ihnen die Partizipation verwehrt; wo Eltern die deutsche Sprache nicht beherrschen, sind auch die Kinder im Hinblick auf ihre künftige gesellschaftliche Teilhabe stark gefährdet.

8. Die Sprachförderung muss früh einsetzen, nach Möglichkeit also bereits in vorschulischen Betreuungseinrichtungen. Diese haben einen klaren Bildungsauftrag.
9. Kindertageseinrichtungen und Schulen sollten räumlich so verteilt sein, dass es nicht zu größeren Abweichungen im Anteil der Fremdmuttersprachlerinnen und Fremdmuttersprachler kommt. Dieser Anteil entspricht der gesellschaftlichen Wirklichkeit dann, wenn er mit dem Anteil der Migrantinnen und Migranten an der Gesamtbevölkerung übereinstimmt.
10. Kindertageseinrichtungen und Schulen sollen sich um möglichst engen Kontakt zu den Eltern bemühen – nicht zuletzt auch, um deren eigene Sprachkenntnisse zu erfahren und so auf den Lernbedarf ihrer Kinder schließen zu können.
11. Die Stärke einer demokratischen Gesellschaft liegt darin, alle Menschen in die politischen Entscheidungsprozesse so weit wie möglich mit einzubinden. Neben einer intensiveren politischen Bildung stärkt die Menschliche Metropole daher alle demokratischen Strukturen wie SchülerInnenvertretungen oder Betriebsräte. Dabei nehmen solche Einrichtungen nicht nur eine Aufgabe in der Meinungsfindung und -artikulation von Menschen wahr, sondern sind auch ein wichtiger Bestandteil in dem Bemühen, das Etablieren von Parallelgesellschaften dadurch zu verhindern, dass jedem die Möglichkeit zur gesellschaftlichen Mitbestimmung deutlich und vor allem auch möglich gemacht wird.

3. „Gute“ und „schlechte“ Wohnquartiere

Die Menschliche Metropole erkennt das Wohnen als ein menschliches Grundbedürfnis an. Die Aufteilung der Stadt in „gute“ und „schlechte“ Wohnlagen ist in Hamburg besonders stark ausgeprägt. „Schlecht“ sind dabei Stadtteile mit hohen Kriminalitätsraten und unzureichender sozialer Infrastruktur. Als „schlecht“ wahrgenommen werden aber auch Stadtteile, die ausschließlich oder weit überwiegend von ethnischen oder kulturellen Minderheiten bewohnt werden („Gettos“).

Entscheidend ist die Wahrnehmung dieser Merkmale durch die Menschen in den Quartieren (Selbstwahrnehmung) und die Menschen in der übrigen Stadt (Fremdwahrnehmung). Eine üble Fremdwahrnehmung kann heute etwa zur Folge haben, dass Banken Personen mit „schlechter“ Postanschrift – wenn überhaupt – nur sehr ungünstige Darlehen gewähren („the poor pay more“-Problem).

In einer Menschlichen Metropole darf es keine solcherart abbeschriebenen Wohnquartiere geben. Es ist ihr Ziel, allen ihren Einwohnerinnen und Einwohnern guten und erschwinglichen Wohnraum bieten zu können.

12. Wohnungsbaugesellschaften sollen Wohnungen in wohlhabenderen Stadtteilen ankaufen und als Sozialwohnungen vermieten. Öffentlich geförderte Wohnungen dürfen nur insoweit in Wohneigentum umgewandelt werden, als damit die Durchmischung der Wohnquartiere verbessert wird.
13. Soweit Behörden Migrantinnen und Migranten unterzubringen haben, sollten sie dafür Sorge tragen, dass die Stadtteile gleichmäßig behandelt werden. In nach gegenwärtigem Stand „schlechten“ Lagen sollten keine Unterbringungen erfolgen.
14. In den öffentlichen Wohnungsbau wird investiert, was zugleich auch der Volkswirtschaft nützt. Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften müssen unbedingt in öffentlicher Hand bleiben, damit die Lebensverhältnisse der Mieterinnen und Mieter nicht zum Spekulationsobjekt werden.
15. Städtische Baugrundstücke sollten nicht verkauft, sondern von den öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften bebaut und vermietet werden.
16. Wohnungsbaugenossenschaften schaffen guten und günstigen Wohnraum und haben in Hamburg eine lange Tradition, die es weiterzuführen und auszubauen gilt.
17. Förderprogramme und soziale Einrichtungen für Wohnungslose müssen ausgebaut statt gekürzt werden. Neben der Vermittlung von Wohnraum müssen die Gesundheitsversorgung, die psychische Betreuung und die Versorgung auf der Straße gesichert sein.

Einen wirkungsvollen Jugendarbeitsschutz erhalten - Minderjährige Auszubildende, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schützen

Das Jugendarbeitsschutzgesetz ist das zentrale Gesetz zum Schutz minderjähriger Auszubildender, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Arbeitswelt. Es regelt unter anderem das Verbot der Kinderarbeit und enthält umfassende Schutzbestimmungen für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Es wurde 1976 vom Bundestag mit den Stimmen aller Parteien beschlossen. Vor dem Hintergrund fehlender Ausbildungsplätze wurde das Gesetz mehrfach von der Regierung Kohl und ihrer CDU-FDP-Mehrheit im Bundestag verschlechtert, ohne dass dies jedoch zu einer Verbesserung der Lage auf dem Ausbildungsmarkt führte.

So wurde beispielsweise die Samstagsarbeit für verschiedene Ausbildungsberufe eingeführt, die tägliche Höchstarbeitszeit für Jugendliche auf 8 ½ Stunden erhöht und die Ausbildung/Arbeit in mehrschichtigen Betrieben bis 23 Uhr zugelassen.

Nun hat auf Initiative des Saarlandes die Bundesregierung wieder eine Bund-Länder-Kommission zur Novellierung des Jugendarbeitsschutzgesetzes eingesetzt. Auf Grundlage einer Synopse des Saarländischen Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit vom Mai 2006 sollen in dieser Kommission insbesondere folgende Veränderungen beraten werden:

- die Höchstarbeitszeiten für die Gewährung von Ruhezeiten anzuheben (§ 11 JArbSchG),
- die Beschäftigungsverbote für Jugendliche zu bestimmten Tageszeiten und damit ihr Recht auf Nachruhe drastisch einzuschränken (§ 14 JArbSchG),
- die Beschäftigungsverbote für Jugendliche an Samstagen und Sonntagen einzuschränken bzw. aufzuheben (§§ 16, 17 JArbSchG),
- das Züchtigungsverbot für Arbeitgeber gegenüber Jugendlichen (§ 31 JArbSchG) nicht länger im Jugendarbeitsschutzgesetz zu regeln,
- die gesundheitliche Betreuung der arbeitenden Jugendlichen (§§ 32 – 46 JArbSchG) weitgehend von den Ländern regeln zu lassen,
- die Verpflichtung zur Einrichtung von Landesausschüssen für Jugendarbeitsschutz bei den Landesregierungen (§ 55 – 57 JArbSchG) komplett zu streichen.

Hamburg ist neben Brandenburg, Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hessen, Nordrhein-Westfalen, dem Saarland, Rheinland-Pfalz und Thüringen eines der Länder, die in dieser Bund-Länder-

Arbeitsgruppe vertreten sind. Die Position des Hamburger Senates erhält damit eine besondere bundespolitische Relevanz.

Der SPD-Parteivorstand hat sich mit einem Beschluss vom 04.09.2006 gegen eine Aushöhlung des Jugendarbeitsschutzgesetzes und eine entsprechende Initiative der FDP gewandt.

Die Jusos Hamburg:

- lehnen jegliche Verschlechterung der Schutzbestimmungen minderjährige Auszubildender, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen einer Novellierung des Jugendarbeitsschutzgesetzes ab,
- begrüßen den Beschluss des SPD-Parteivorstands „Jugendarbeitsschutzgesetz nicht aushöhlen“ vom 04.09.2006,
- fordern die Hamburger SPD-Bundestagsabgeordneten auf, sich ebenfalls gegen eine Verschlechterung des Jugendarbeitsschutzes auszusprechen und dafür in der Fraktion zu wirken,
- fordern die SPD-Bürgerschaftsfraktion auf, die Positionierung des Hamburger Senates zur Novellierung des Jugendarbeitsschutzes kritisch zu begleiten und ggf. in der Bürgerschaft zu hinterfragen.

Dies gilt insbesondere für die Paragraphen des Gesetzes, die sich auf Regelungen zur täglichen Arbeitszeit, auf Unterbrechungen der Arbeit durch Pausen, die Dauer der Nachtruhe und auf das Nachtbeschäftigungsverbot beziehen. Diese Regelungen wurden aus Gründen des Gesundheitsschutzes eingeführt. Minderjährige Jugendliche sind weniger belastbar als erwachsene Erwerbstätige. Sie benötigen längere Erholzeiten zur Regeneration. Die Unterbrechung der Arbeit durch Pausen dient der Einnahme von Mahlzeiten und der Erholung. Ausreichende Nachtruhe ist aus medizinischen Gründen besonders wichtig für minderjährige, in der Entwicklung stehende Menschen.

Sicherheit und Gesundheitsschutz Minderjähriger dürfen nicht wirtschaftlichen Interessen Einzelner unterworfen werden. Die Behauptung, dass ein Abbau von Schutzrechten zu einer Erhöhung des Ausbildungsplatzangebotes führt, hat sich in der Vergangenheit nicht bestätigt und ist damit unglaubwürdig. Auch im Hinblick auf die Frage der Ausbildungsqualität ist eine Verschlechterung des Jugendarbeitsschutzes nicht sinnvoll. Es gibt keine Ausbildungsinhalte, die nicht auch in dem bisherigen Zeitrahmen vermittelt werden können.

Praktikanten: Ausbeutung verhindern - Ausbildung sichern!

Die systematische Ausnutzung und Ausbeutung von jungen Menschen durch Praktika muss unterbunden werden, auf der anderen Seite müssen Ausbildungspraktika möglich bleiben und dürfen nicht zusätzlich erschwert werden (bspw. durch einen Mindestlohn für alle Praktikanten).

Hierzu muss eine gesetzliche Abgrenzung zwischen Praktika mit Ausbildungscharakter und solchen, die der Ausnutzung und Ausbeutung dienen, geschaffen werden. Eine solche Abgrenzung darf nicht holzschnittartig und starr an einem Kriterium erfolgen, sondern muss vielmehr alle jeweiligen Faktoren flexibel miteinbeziehen. Diese Regelung sollte folgende Aspekte beinhalten:

1. Praktika mit einer Dauer von über sechs Monaten sind immer als Ausnutzungs- und Ausbeutungspraktika zu qualifizieren. Eine Praktikadauer von unter zwei Monaten spricht hingegen in der Regel für einen Ausbildungszweck.
2. Eine konkrete Ausgestaltung der Ausbildung – explizite Bestimmung einer fachlich geeigneten Betreuung, klar definierte Ausbildungsziele/-inhalte – lassen auf eine Ausbildungszweck schließen.
3. Praktika, die nach dem Erlangen eines Abschlusses stattfinden, dienen tendenziell nicht der Ausbildung.

Daher fordern wir:

1. Kann anhand dieser Kriterien der Ausbildungscharakter nicht nachgewiesen werden, so ist eine Ausnutzungs- und Ausbeutungsabsicht zu vermuten.
2. Ausnutzungs- und Ausbeutungspraktika sind dabei rechtlich als das zu werten, was sie tatsächlich sind: reguläre Arbeit. Dies hätte zur Folge, dass, wenn die Kriterien nicht eingehalten werden, ein unbefristetes echtes Arbeitsverhältnis zum branchenüblichen Lohn zu Stande kommt.

Volle Arbeit – volle Arbeitnehmerrechte!

Volle Arbeit – voller Lohn!

Begründung:

Praktika können einerseits zur Ausbildung bzw. Berufswahl beitragen oder andererseits unter dem Deckmäntelchen der Ausbildung tatsächlich zum Unterlaufen der Arbeitnehmerrechte gebraucht werden. So scheint es in manchen Branchen schon Gang und Gäbe zu sein, dass die Zahl der PraktikantInnen die der Angestellten überwiegt und die Unternehmensstruktur auf PraktikantInnen aufbaut. Gerade in diesen Branchen ist es aber so gut wie unmöglich, einen regulären Arbeitsplatz zu erhalten, wenn man keine Praktika vorzuweisen hat. Junge Menschen sind so faktisch gezwungen, vor dem Eintritt in das eigentliche Berufsleben Praktika zu absolvieren.

Wünschens- und erhaltenswert sind Praktika bei denen die Ausbildung im Vordergrund steht. Für Praktikagebern rentieren sich diese Praktika wirtschaftlich nicht oder kaum, da für die Betreuung der PraktikantInnen Kosten entstehen. Um der Ausbildung durch Praktika nicht Steine in den Weg zu legen, sollten hier keine weiteren Hemmnisse aufgebaut werden (wie z.B. durch Mindestlohn für alle Praktika-Arten).

Praktika bei denen hingegen die Ausbildung wenn überhaupt nur im Hintergrund steht, sind als Praktika mit Ausnutzung- und Ausbeutungscharakter zu qualifizieren. Ausnutzungs- und Ausbeutungspraktika sind nicht nur ein kalter Raub von Arbeitnehmerrechten, sondern nehmen jungen Menschen auch den Schutz einer sicheren Lebensgrundlage (adäquates Einkommen, Kündigungsschutz etc.), wie sie bei normalen Arbeitsverhältnissen selbstverständlich ist. Daher ist hier die Forderung eines Mindestlohnes für bestimmte Praktika (länger als 3 Monate, nur für Absolventen) nicht ausreichend. Ausnutzungs- und Ausbeutungspraktika sollten vielmehr als normale Arbeitsverhältnisse bewertet werden. Dies entspricht auch der Leistung des „Praktikanten“. Volle Arbeit – volle Arbeitnehmerrechte! Auch die Entlohnung muss das branchenübliche Niveau und nicht nur ein Mindestlohniveau haben. Ansonsten ist es für Arbeitgeber immer noch attraktiv, reguläre Arbeitsverhältnisse durch Praktikanten zu einem gesetzlich legitimierten Billigtarif zu ersetzen. Volle Arbeit – voller Lohn!

Die Abgrenzung zwischen den beiden Praktika-Arten darf nicht nur an einem einzigen Kriterium erfolgen, wie z.B. der Praktikumsdauer. Dies würde zu oft zu unsachgemäßen Ergebnissen führen. Die Unterscheidung zwischen erwünschten Praktika einerseits und unerwünschten Praktika andererseits muss flexibel gestaltet werden und die individuelle Lern- und Lebenssituation berücksichtigen, damit auch zukünftig die Möglichkeit sinnvoller Praktika gewährleistet ist.

Jugendhilfe als zukunftssicherndes Netz

Jugendhilfe rückt zunehmend in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses. Die Meldungen über verwahrloste Kinder, wie jüngst in Bremen, häufen sich, und auch Hamburg hat mit dem Fall Jessica ein Beispiel, dass weit über die Hansestadt hinaus wahrgenommen wurde.

Dabei geht es in der Jugendarbeit um deutlich mehr als „Hilfe zur Erziehung“ (HZE) bei extremen Fällen von Erziehungsversagen im Kleinkindbereich. So wurden fast die Hälfte aller Gewalttaten in Hamburg von Jugendlichen unter 21 Jahren begangen. Die Zahl der registrierten jugendlichen Gewalttäter stieg allein 2005 binnen eines Jahres von 2788 auf 2977.

Zudem liegt es auf der Hand, dass auch bei dem immer drängenderen Thema der Integration ausländischer Mitbürger/innen neben dem schulischen Bereich einer gut funktionierenden Jugendarbeit eine Schlüsselposition zukommt, wie zum Beispiel bei der Vermittlung von Sprachkompetenzen außerhalb des standardisierten Lehrangebotes. Wer in jungen Jahren die Landessprache nicht erlernt, wird aufgrund eines in dieser Folge kaum abwendbaren schlechten Schulabschlusses keinen Ausbildungsplatz finden. Diese Perspektivlosigkeit, die den Jugendlichen selbst oft schon frühzeitig bewusst ist, kann zu Abschottung („Parallelgesellschaften“), Radikalisierung und Kriminalisierung führen.

Jugendeinrichtungen sind außerhalb der Schule potentielle Orte der Begegnung von Kindern und Jugendlichen mit verschiedensten sozialen und kulturellen Hintergründen. Diese Einrichtungen bieten die Möglichkeit, Probleme mit den Jugendlichen anzugehen, die von diesen nicht unbedingt mit Lehrkräften der Schule besprochen werden. So fällt z.B. die Hilfe bei Bewerbungsschreiben oftmals in Jugendeinrichtungen an, da an der Schule die Zeit für solche individuellen Maßnahmen nicht zur Verfügung steht. Staatliche Einrichtungen und die Angebote freier Träger bieten also eine Ergänzung und Entlastung der Familienerziehung, die idealtypischer Weise präventiv wirkt, bevor die HZE-Maßnahmen einsetzen müssen.

Diesen Anforderungen, die die Gesellschaft heute an die außerfamiliäre Erziehung hat, kann die Jugendhilfe aufgrund der Rahmenbedingungen nicht in vollem Maße gerecht werden: Die bewilligten Gelder für die Jugendarbeit sind aufgrund der angespannten Haushaltsslage seit Jahren insbesondere in den Problemgebieten rückläufig. Die Zusammenarbeit der Träger leidet unter dem Druck, vor allen Dingen für die eigene Einrichtung Gelder zu akquirieren und eine Legitimation für die Mittelbewilligung schaffen zu müssen. Zudem werden mit den existierenden Angeboten (HZE, offene Kinder- und

Jugendarbeit, Elternschule, etc.) unterschiedliche Zielgruppen angesprochen. Eine kontinuierliche Begleitung der Kinder von frühester Kindheit bis ins Jugendalter findet nicht statt.

Diese Ambivalenz von Reduktion und Dramatisierung, also dem Einhergehen von Mittelrückgang und steigenden Anforderungen an die Jugendhilfe durch die bereits erwähnten Problemstellungen, verlangt den Institutionen der Jugendhilfe eine neue Art der Konzeptionierung ab. Aufgabe der Jugendhilfe kann nicht die „Verwaltung“ von Härtefällen im HZE-Bereich sein. Vielmehr sollte sie ein breites Netz von Sozialisationshilfen und Freizeitangeboten stellen. Die Jugendhilfe muss in den Bezirken in ein neues Rahmenkonzept gefügt werden, dass zum Beispiel auch die Sportvereine als Sozialisationsinstanzen berücksichtigt.

In Deutschland ist Bildung zudem noch immer stark vom Bildungsstatus der Eltern und dem sozialen Umfeld abhängig. Deshalb ist es notwendig, ein Betreuungsnetz zu schaffen, in dem alle Kinder betreut und vor allen Dingen gefördert werden. Die Ganztagschule ist ein wichtiger Schritt auf diesem Weg. Doch in dem System Schule werden nicht alle Fähigkeiten und Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen berücksichtigt. Es ist notwendig ein Konzept für eine umfassende und an der Lebenswelt der Jugendlichen orientierte Pädagogik zu entwickeln. Formelle und informelle Bildung müssen miteinander verbunden werden.

Benachteiligte Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebensphasen brauchen ein zuverlässiges System der Hilfe und Unterstützung. Dies kann die Schule meistens nicht ausreichend bieten. Deshalb brauchen Kinder und Jugendliche Einrichtungen, die die Entwicklung der Persönlichkeit, soziale, emotionale und kulturelle Fähigkeiten fördern und Hilfestellung bieten.

In Jugendeinrichtungen werden reflexive und soziale Kompetenzen gefördert, die es ermöglichen, verantwortlich zu handeln und Gesellschaft mitzugestalten. Dort können Kinder und Jugendliche, auch mit schwachen schulischen Leistungen, in einem anderem System, als Schule, andere Fähigkeiten erproben und daraus mehr Selbstbewusstsein ziehen.

Durch präventive und interventive Leistungsangebote in der Kooperation von Jugendhilfe und Schule können unter anderem Schuldistanz und Schulabbrüche vermindert werden.

Durch verbindliche und dauerhaft angelegte Formen der Kooperation können Strukturen geschaffen werden, in denen Jugendhilfe und Schule ihre jeweils spezifischen Beiträge für ein neues Gesamtkonzept von Bildung, Betreuung und Erziehung einbringen können.

Wir fordern die gesetzliche Festschreibung einer Kooperation von Jugendhilfe und Schule die auf verschiedenen Ebenen stattfindet.

Eine Zusammenarbeit auf behördlicher Ebene in Form von gemeinsamen Sitzungen von Schulbehörde und Jugendamt ist sinnvoll. Um das Angebot für Jugendliche stärker aufeinander abzustimmen ist die Zusammenarbeit bei der Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung besonders erstrebenswert.

Die in der Zukunft vor uns liegende Aufgabe der Ausarbeitung und Gestaltung von Ganztagschulen bietet viele Chancen und Möglichkeiten. Wir fordern, dass die Jugendhilfe an der Ausgestaltung des Konzepts der Ganztagschule beteiligt wird.

Außerdem ist eine Zusammenarbeit von Schulen und Jugendeinrichtungen in den jeweiligen Bezirken begrüßenswert. Im Rahmen der Ganztagschule müssen Jugendeinrichtungen mit in den „Stundenplan“ aufgenommen werden. Dies kann z.B. in Form von regelmäßigen Besuchen verschiedener Einrichtungen wie Jugendhäuser, Sportvereine und Einrichtungen mit musikischem Angebot, in der näheren Umgebung der Schulen gestaltet werden. Sinnvoll ist hier eine Zusammenarbeit der Pädagogischen Koordinatoren mit den Jugendhilfeeinrichtungen.

Mit diesen Forderungen verbunden ist auch die Stärkung und bessere Ausgestaltung von Jugendeinrichtungen. Sie muss weiterhin und in stärkerem Maße finanziell gefördert werden, da eine Kooperation mit Schulen größere Kapazitäten erfordert.

Deshalb fordern die Jusos Hamburg:

- Die Jugendarbeit in den Stadtteilen muss stärker vernetzt werden, als dies bislang der Fall ist. Oftmals arbeiten öffentliche und private Träger von Jugendhilfe nebeneinander her. Hier müssen Gremien für den Informationsaustausch und die Koordination der Gruppenangebote geschaffen werden, die für eine bessere Auslastung und ein vielfältigeres Angebot sorgen.
- Der Schule fällt als zentraler Sozialisationsfaktor der Jugendlichen eine besondere Koordinierungsaufgabe zu. Gerade aufgrund der unzureichenden Finanzierung ist es im Rahmen einer erfolgreichen Ganztagsbetreuung wichtig, Einrichtungen wie Sportvereine und Jugendtreffs verstärkt in das Schulkonzept einzubeziehen. Deshalb müssen die Schulen sich die Jugendeinrichtungen im Stadtteil öffnen, um so eine lückenfreiere Betreuung für Jugendliche anbieten zu können.

Die Angebote für verschiedene Zielgruppen müssen sinnvoll gekoppelt werden. Das „Haus der Familie“ in St. Pauli ist hier wegweisend. Dort wurde die offene Kinder- und Jugendarbeit des HDJ mit der Familienförderung und der Einzelfallhilfe in einem Gebäude zusammengelegt. So existiert jetzt ein umfangreiches Angebot für Familien mit Kindern aller Altersstufen, die dieses ihren Bedürfnissen entsprechend nutzen können.

Berufsförderung an Hamburger Schulen

Neben der Wissensvermittlung ist es für Jugendliche in einer schwierigen Ausbildungssituation von immer größerer Bedeutung, auch schon in der Schule auf einen kommenden Berufseinstieg vorbereitet zu werden. In dem Bereich der Berufsorientierung bieten die Hamburger Schulen erste Schritte an. Sicherlich sind der einmalige Besuch des BIZ und die Teilnahme an ein bis zwei Schulpraktika nicht ausreichend, um den gegenwärtigen Ansprüchen gerecht zu werden. Über diese Maßnahmen kann nur ein erster Einblick vermittelt werden.

Oft mangelt es an praktischen Hilfestellungen bei Bewerbungsunterlagen, Vorstellungsgesprächen und einer individuell ausgerichteten Unterstützung etc. Soziale Träger wie VAMOS, die berufliche Orientierung, Beratung und Vermittlung für Jugendliche anbieten, gehen in diesem Bereich besser auf die Wünsche und Sorgen der Jugendlichen ein.

Durch Kürzungen im sozialen Bereich sind diese berufsorientierenden Einrichtungen mit zu wenig Personal und Ressourcen ausgestattet. So hängt ihre Arbeit häufig vom ehrenamtlichen Engagement der Mitarbeiter ab. Darüber hinaus arbeiten die allgemein bildenden Hamburger Schulen in aller Regel nicht mit diesen Einrichtungen zusammen. Durch die fehlende Vernetzung gehen Chancen einer besseren Förderung verloren.

Daher fordern wir:

- die Rahmenbedingungen für eine bessere Vernetzung zwischen den allgemein bildenden Hamburger Schulen und berufsorientierenden Jugendeinrichtungen zu schaffen. Ein erster Schritt wäre die Zusammenarbeit zwischen Schulbehörde und dieser Art von Jugendeinrichtungen.
- eine bessere Förderung und finanzielle Ausstattung von Einrichtungen, die berufliche Orientierung und auch individuelle Beratung für Jugendliche anbieten, zu gewährleisten.
- alternativ von der Schulbehörde, die Einrichtung einer berufsorientierenden Beratungsstelle an allen Hamburger Schulen mit Mittel- und Oberstufe oder eines auf zwei Jahre begrenzten Unterrichtsfachs mit dem Schwerpunkt Berufsorientierung, da nicht in allen Hamburger Bezirken Einrichtungen wie VAMOS existieren.

Rückkehr zur Lernmittelfreiheit

Mit dem Beginn des Schuljahres 2005 / 2006 ist die Lernmittelfreiheit in Hamburg abgeschafft worden. Die Eltern müssen jetzt pro Kind bis zu 100,00 € „Leihgebühr“ für die Schulbücher zahlen. Die finanzielle Belastung der Familien für die Ausbildung ihrer Kinder steigt damit weiter an. So bezahlen sie bisher schon: Workbooks, Taschenrechner, Atlanten, Sportkleidung, Mittagessen, schulische Veranstaltungen, wie Ausflüge und Klassenreisen, Schulwegkosten, etc.

Gerade für Familien mit geringem Einkommen, die aber nicht förderungsberechtigt sind, stellt das Büchergeld eine erhebliche Zusatzbelastung dar.

Obwohl schon die PISA Studie 2003 gezeigt hat, dass die Bildungschancen in Deutschland stark von der sozialen Situation der Familie beeinflusst werden, hat der Senat mit der Abschaffung der Lernmittelfreiheit die Bildungsgerechtigkeit und den Zugang zu Bildungschancen noch stärker von den finanziellen Möglichkeiten der Familien abhängig gemacht.

Bis zum 30.03.06 hatten die Eltern von über 17 300 Schülern das Büchergeld für das laufende Schuljahr noch nicht bezahlt. Trotz der noch fehlenden Gelder werden die Gebühren für das kommende Schuljahr ab Juni 2006 fällig. Auch hier haben Eltern schon ihren Boykott bekannt gegeben. Dies wird zu einem unvermeidbaren Chaos führen. Zudem gibt es Widerstandsaktionen, die ihren bisherigen Höhepunkt in einer von mehreren Kreiselternräten organisierten Volkspetition finden.

Hier zeigt sich, dass die Umsetzung der Lernmittelverordnung bis heute nicht gelungen ist. Dies stellt eine Pleite für Frau Dinges-Dierig dar.

Um zukunftsfähig zu bleiben, benötigt Hamburg ein soziales und gerecht finanziertes Bildungswesen. Bildung ist kein Wirtschaftsgut.